

Reiner Steinweg

Stichworte zum Workshop:

**„Was bringt Frieden in die Stadt? Konflikte, Sicherheit, Kommunikation“
14 Punkte zur Diskussion**

Gewalt und Frieden haben eines gemeinsam: Sie haben viele, sehr unterschiedliche Quellen:

- (1) Frieden in der Stadt ist natürlich zum einen abhängig von der **politischen Gesamtlage**. Wenn Krieg im Land oder zwischen den Ländern herrscht, kann in der Stadt kein Frieden sein. Deshalb ist einer der beiden Brennpunkte kommunaler Friedensarbeit der Versuch, auf die allgemeine Friedensbereitschaft und das Friedensengagement des eigenen Landes einzuwirken.

Aber wenn es auf Landesebene Frieden gibt, kann es auf kommunaler Ebene dennoch ziemlich unfriedlich zugehen. Die folgenden Punkte beziehen sich daher auf den zweiten Brennpunkt kommunaler Friedensarbeit: die Förderung eines friedlichen Klimas in der Stadt. Sie beruhen auf einer mehrjährigen wissenschaftlichen Beobachtung der Entwicklung von Gewalt im städtischen Bereich.

- (2) Eine Voraussetzung für Frieden ist wie überall in der Gesellschaft die Respektierung und Achtung des **staatlichen Gewaltmonopols** und derer, die es im Auftrag der Gesellschaft ausüben – einerseits.
- (3) Andererseits wirkt das staatliche Gewaltmonopol nur dann friedenserhaltend, wenn es eine **rechtsstaatliche Grundlage** hat und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit achtsam **kontrolliert** wird, wenn also die Bürgerinnen und Bürger kritisch beobachten, was im Namen des Gewaltmonopols geschieht, und wenn diejenigen, die den Auftrag haben, das Gewaltmonopol im Namen der Gesellschaft auszuüben, die Notwendigkeit der Kontrolle anerkennen und die Würde und die bürgerlichen bzw. Menschenrechte der BürgerInnen mindestens so hoch achten wie ihre eigenen.

Die Delegation des staatlichen Gewaltmonopols an **private Dienste** ist bedenklich, wenn sie rechtsstaatlichen Kontrolle weniger streng unterliegen als die Polizei. Diese Entwicklung muss daher besonders aufmerksam beobachtet werden. Das gleiche gilt für sog. *Stadtwachen*. Hier sind die Bürger besonders gefragt, eventuelle Grenzüberschreitungen oder Ungerechtigkeiten sorgfältig zu registrieren, und öffentlich, auch über die Medien, zu diskutieren.

Etwas anderes wäre, wie in manchen besonders leidgeprüften Städten der USA geschehen, wenn Bürger sich zusammenschließen würden, um durch ihre bloße, **unbewaffnete und entschieden gewaltfreie öffentliche Präsenz** zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Vierteln, in denen die Gewalt auf der Straße überhand genommen hat, ein Stadtviertel für die Zivilgesellschaft und ein friedliches Miteinander zurück zu erobern und die Sicherheit der Bewohner wieder zu erhöhen. Zum Glück sind wir, von Wien abgesehen, von Zuständen, die so etwas erforderlich machen würden, weit entfernt. Dennoch gilt es, beizeiten vom amerikanischen Beispiel zu lernen und mehr auf die Eigeninitiative als auf bezahlte, aber möglicherweise rechtsstaatlich nur schwach gebildete Wächter zu setzen.

- (4) Auch ein **Anti-Gewalt-Training**, in dem man lernt, sich im Falle öffentlicher Gewalt sachgerecht zu verhalten, kann erheblich zur subjektiv empfundenen und zur objektiven Sicherheit beitragen. Antigewalttrainings kann man sowohl mit gewalttätig Gewordenen als auch mit potentiellen Opfern durchführen. In beiden Fällen liegen die Akzente anders, aber das Ergebnis ist das gleiche: mehr subjektive und objektive Sicherheit.

Friede herrscht in einer Stadt ferner dann,

- (5) wenn die BürgerInnen merken, dass sie mit ihren Fähigkeiten gefragt sind, mitzureden haben und wenn alle Bevölkerungsgruppen sich im Stadtparlament gut vertreten fühlen (**Demokratie und Partizipation** auch und besonders auf Stadtebene),
- (6) wenn das Gefühl ständig wächst, dass die **Verteilungsgerechtigkeit** bei zunimmt. Nicht Armut an sich führt zur Gewalt, aber schreiende Ungerechtigkeit und der Eindruck, dass die Ungerechtigkeit immer größer wird, in der Regel schon;
- (7) wenn ethnische, soziale und kulturelle **Minderheiten** und die entsprechenden **Mehrheiten** ihre **Bedürfnisse gegenseitig respektieren** – was intensive Kontakte und Kommunikation zwischen diesen Bevölkerungsgruppen bzw. den ehrlichen Versuch voraussetzt, sich gegenseitig *wahrzunehmen*, zu verstehen und bei auftretenden Problemen erst miteinander zu **reden, ehe man handelt**;
- (8) letzteres setzt voraus, dass alle Bürger sich um **Sprachkompetenz** bemühen. Es kann nichts schaden, wenn auch die Einheimischen sich um den Erwerb der einen oder anderen Sprache bemühen, die von den Zugewanderten gesprochen wird – sie profitieren davon selbst am meisten und geben den Zugewanderten das für ein friedliches Miteinander unabdingbare Gefühl von **Anerkennung**;
- (9) wenn die **Bildungs- und Berufschancen gleich verteilt** sind und diejenigen, die durch ihre soziale oder ethnische Herkunft benachteiligt sind, besondere Unterstützung erhalten;
- (10) wenn Jugendliche wie ältere Leute darauf achten, dass beide Bevölkerungsgruppen den ihnen zustehenden und für sie notwendigen Anteil am öffentlichen Raum erhalten, in dem sie sich frei bewegen können; Jugendliche brauchen nun einmal **Experimentierraum**, um erwachsen werden zu können. Konkret: in allen Neubaugebieten soll und muss es Räume geben, die Jugendliche möglichst **selbstverwaltet** nutzen können – unter freiem Himmel und überdacht; Räume, die sie selbst gestalten dürfen, auch wenn das hier und da mal daneben geht;
- (11) wenn die Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und die Bildungseinrichtungen flexibel auf die sich wandelnden **Bedürfnisse der Jugendlichen** achten und sie bei deren Erfüllung unterstützen, ohne ihren Freiraum unnötig einzuschränken, aber auch darauf, dass die Jüngeren und Kleinen nicht zu kurz kommen;
- (12) wenn die institutionellen und persönlichen Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen dicht sind, weil man sich dann einfach Entgleisungen und unkontrollierte Affekthandlungen weniger erlauben kann (**Interdependenz**, d.h. gegenseitige Abhängigkeit, **soziale** und **Affekt-Kontrolle**);
- (13) wenn behördliche Maßnahmen zwischen den beteiligten Institutionen sorgfältig und rechtzeitig mit Blick auf optimalen Nutzen aller Betroffenen und der Allgemeinheit besprochen werden (**Absprache und Kommunikation**);
- (14) wenn die Bürger und Bürgerinnen sich ehrlich um die Fähigkeit bemühen, ihre Konflikte untereinander und mit den Behörden gewaltfrei, mit Empathie/Einführung in den jeweiligen Gegner und nach bestimmten vereinbarten Regeln der Fairness zu bearbeiten und diesen Umgang gezielt trainieren. Nicht Konflikte sind das Übel, sondern verletzende Formen, mit ihnen umzugehen. Das kann man nicht früh genug üben, aber entscheidend ist allemal das Vorbild der Erwachsenen (**Konfliktkultur**).

Der Workshop wird sich um diese Stichworte herum entfalten, indem unterschiedliche Erfahrungen der Teilnehmerinnen damit zur Sprache gebracht und Problemfälle und kontroverse Sichtweisen diskutiert werden.

Einige Veröffentlichungen des Workshop-Leiters zu Fragen der Gewaltprävention:

Zu Brennpunkt 1

- Reiner Steinweg: Zur Notwendigkeit eines UN-„Interventionsrates“ (UNIC): Frühzeitige nicht-militärische Eingriffe von außen im Fall von drohendem Völkermord und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, in: Georg Meggle (Hg.), Humanitäre Interventions-Ethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn (Mentis-Verlag) 2004, S. 229-240.
- Ders., Argumentarium zum Linzer Appell für Friedenspolitik, S. 113-135, in: Franz Leidenmühler / Reiner Steinweg (Hg.), Kosovo und die Folgen. Völkerrecht und Friedenspolitik im Zeichen des Kosovo-Konflikts, Idstein/Ts. (Verlag Meinhardt) 2000, S. 139-141.

Zu Brennpunkt 2

- Reiner Steinweg: Gewalt in der Stadt. Wahrnehmungen und Eingriffe. Das Grazer Modell, Münster/Wstf. (Agenda-Verlag) 1994.
- Ders., Das Grazer Modell. Gewaltvorbeugung und Gewaltverringerung: Erfahrungen aus einem ämterübergreifenden Forschungs- und Praxisprojekt "Gewalt in der Stadt", in: Thomas Trenczek/Hartmut Pfeiffer (Hg.), Kommunale Kriminalprävention – Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten, Bonn (Forum-Verlag) 1996, S. 199-212.
- Ders. zusammen mit der "Arbeitsgruppe Gewalt in der Stadt": Stadt ohne Gewalt. Verminderung, Vermeidung, Vorbeugung. Die Grazer Vorschläge, Münster/Wstf. (Agenda-Verlag), 1994
- Reiner Steinweg / Eva Maringer: GewaltAuswegeSehen. Anregungen für den Abbau von Gewalt, mit CD-ROM: Ausstellung „Wege aus der Alltagsgewalt“, Oberwart und Tübingen (edition lex liszt 12 und Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) 2002, plus CD-ROM
- Reiner Steinweg / Alexandra Tschesche: Die elliptische Form kommunaler Friedensarbeit, in: dies. (in Zusammenarbeit mit Saskia Thorbecke), Kommunale Friedensarbeit. Begründung, Formen, Beispiele (IKW-Reihe Kommunale Forschung Band 118), Linz 2009, S. 11-19.
- Reiner Steinweg: Wege aus der Alltagsgewalt Ein friedenspädagogischer Ansatz alltäglicher Gewaltprävention, in: Bettina Gruber / Werner Wintersteiner / Gerlinde Duller / Wilhelm Kersche, Friedenserziehung in Theorie und Praxis. Erfahrungen aus dem Alpen-Adria-Raum, Klagenfurt 2009, S. 34-50.
- Ders.: Gewalt und Gewaltfreiheit in der Friedenspädagogik, in: Bettina Gruber, Renate Grasse, Günther Gugel (Hg.), Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2008, S. 99-122
- Ders.: „Gewalt hat viel mit Deutungshoheit zu tun. Interview mit Reiner Steinweg über Lehrstückarbeit und Theaterpädagogik, in: Achim Schröder / Helmolt Rademacher / Angela Merkle (Hg.), Handbuch Konflikt- und Gewaltpädagogik. Verfahren für schule und Jugendhilfe, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 2008, S. 241-258.